



Frage an Bürgermeister-Stellvertreterin

Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 3. Juli 2014

von

GR Nibaldo Vargas

Betreff: Kürzungen des Landes Steiermark bei der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, liebe Martina!

Am 1. Juli wurde die Novellierung des Behindertenhilfegesetzes im Landtag von den Koalitionspartnern ÖVP und SPÖ beschlossen. Die darin vorgesehenen Einsparungen von 8 Mill. € im Behindertenbereich betreffen mehrere Bereiche der Behindertenhilfe. So werden beispielsweise pädagogische Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendlichen, Unterstützungsleistungen für Menschen mit medizinisch beeinflussbaren chronische Erkrankungen oder auch Verpflegungskosten für Menschen mit Behinderung in Wohneinrichtungen gekürzt. Besonders gravierende Auswirkungen sind aber insbesondere bei der Kürzung der Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung behinderter Menschen zu befürchten. Hier geht es zum einen um die Streichung des Lohnkostenzuschusses und zum anderen um den Rückzug des Landes aus der integrativen Lehrlingsausbildung.

Von diesen Kürzungen werden in naher Zukunft 164 GrazerInnen und deren Familien betroffen sein. Die Aussage, dass diese Menschen nicht durch das soziale Netz fallen werden, da sie über die bedarfsorientierte Mindestsicherung abgefangen werden, entspricht nicht dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention. Diese definiert nämlich einen Rechtsanspruch auf Arbeit für Menschen mit Behinderung.

Deshalb stelle ich Namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende Frage:

Bist Du bereit, Unterstützungsmaßnahmen zu setzen, um die zu erwartenden Auswirkungen der Kürzungen des Landes Steiermark bei der beruflichen Eingliederung behinderter Menschen abzufedern und wenn ja, welche Maßnahmen sind von Deiner Seite geplant?